Niederschrift

28. Plenarsitzung des Gemeinderates
20. Oktober 2026, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

Punkt 9 der Tagesordnung: Neuausrichtung des Förderprogramms "KlimaBonus Karlsruhe"
Vorlage: 2026/0615

Punkt 9.1 der Tagesordnung: Neuausrichtung des Förderprogramms "KlimaBonus Karlsruhe": Förderfähigkeit von Eigenleistungen ermöglichen
Interfraktioneller Ergänzungsantrag: SPD, Die Linke, KAL, Volt
Vorlage: 2026/0615/1

Punkt 9.2 der Tagesordnung: Neuausrichtung des Förderprogramms "KlimaBonus Karlsruhe": KlimaBonus auch für Kitas
Änderungsantrag: CDU
Vorlage: 2026/0615/2

Beschluss:
Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit sowie im Haupt- und Finanzausschuss die als Anlage beigefügten Richtlinien zum „KlimaBonus Karlsruhe“ und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung im Jahr 2027.

Abstimmungsergebnis:
9.1: nicht abgestimmt
9.2: Mehrheitliche Ablehnung (14 Ja-Stimmen, 30 Nein-Stimmen)
9: Mehrheitliche Zustimmung (25 Ja-Stimmen, 18 Nein-Stimmen)

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkte 9, 9.1 und 9.2 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgten Vorberatungen im Ausschuss für Umwelt und Gesundheit am 30. September und im Haupt- und Finanzausschuss am 13. Oktober 2026.

Stadträtin Dr. Klingert (GRÜNE): Danke, die Verwaltung hat uns eine neue Gestaltung des Klimabonusprogramms vorgelegt, weil es ja zusammengestrichen worden ist und weil es auch ein hohes Maß von Mitnahmeeffekten gab. Die PV-Förderung soll gestrichen werden. Das tut uns GRÜNEN natürlich in der Seele weh, aber es ist jetzt tatsächlich so, in den letzten zehn Jahren sind die Bezugspreise für Komplettanlagen um etwa 40 Prozent gesunken, die Strompreise sind gestiegen. Das heißt, diese Anlagen rentieren sich auch ohne Förderung, und insofern können wir da mitgehen.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

Wir sind auch froh, oder wir sind froh, wir gehen natürlich schweren Herzens mit, dass die Förderung von Wärmeschutzmaßnahmen grundsätzlich beibehalten wird, aber auch wir finden es natürlich sehr, sehr schade, dass die Eigenleistungen nicht gefördert werden sollen oder nur in geringem Umfang gefördert werden sollen. Das ist ein bisschen wie bei den Dämmstoffen. Die Einzelfallprüfung ist sehr umfangreich, und die entsprechenden Förderhöhen sind eher gering, sodass wir da eigentlich die Erklärung der Stadt, die Stellungnahme der Stadt verstehen können. Denn in der gegenwärtigen Lage geht es ja eher darum, Leistungen zu konsolidieren und Aufgabenkritik zu üben, anstatt neue, umfangreiche Tätigkeiten anzugehen. Deshalb gehen wir auch, und das wirklich sehr, sehr schweren Herzens, den Änderungsantrag der Linken, SPD, KAL und Volt nicht mit, obwohl wir die Zielrichtung natürlich grundsätzlich unterstützen, sondern wir bleiben bei der Vorlage der Stadtverwaltung. Das ist vielleicht ein bisschen eine Überraschung, aber wir sehen hier, dass eine sinnvolle Förderung aufrechterhalten werden kann und gleichzeitig der Verwaltungsaufwand minimiert wird. Und diese Art der Effizienz ist aus unserer Sicht das Gebot der Stunde. Die neue Förderkomponente Fernwärmeübergabestation ersetzen, finden wir im Übrigen sehr sinnvoll, da sie die Effizienz der Fernwärme insgesamt erhöht. Alles in allem können wir also uns dem vorgeschlagenen Konzept anschließen, wenn auch mit einigen Wermutstropfen.

Stadtrat Kehrle (CDU): Zunächst begrüßen wir, dass die KEK das Förderprogramm KlimaBonus evaluiert hat und neu ausrichtet. Allerdings müssen wir uns angesichts unserer Haushaltslage eine ganz grundsätzliche Frage stellen: Wofür setzen wir unsere begrenzten Mittel eigentlich ein? Wir stehen vor enormen finanziellen Herausforderungen. Wir müssen bei freiwilligen Leistungen sparen, Zuschüsse reduzieren und notwendige Investitionen verschieben. Gleichzeitig wollen wir weiterhin jährlich 1,3 Millionen Euro für energetische Sanierung privater Gebäude bereitstellen, obwohl bereits Fördermöglichkeiten von Bund und Land bestehen. Natürlich sind energetische Sanierungen und Förderungen zur Umrüstung von Fernwärmeübergabestationen sinnvoll, aber wir müssen uns fragen, ob eine zusätzliche kommunale Förderung tatsächlich unsere vordringlichste Aufgabe sein kann. Denn während wir private Gebäude fördern, haben wir in unseren eigenen Kindertageseinrichtungen teilweise erhebliche Probleme mit der sommerlichen Hitze. Und dabei reden wir nicht über eine Komfortfrage, wir reden über kleine Kinder, die sich über Stunden in aufgeheizten Räumen aufhalten müssen. Und wir reden über Erzieherinnen und Erzieher, die unter diesen Bedingungen ihrer verantwortungsvollen Arbeit nachgehen. Die Bestandsaufnahme der städtischen Kitas ist bereits abgeschlossen, wie wir der Tagesordnung ja entnehmen können. Wir haben also eine Grundlage, um festzustellen, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Was uns fehlt, ist nicht die nächste Untersuchung. Was uns fehlt, ist die konsequente Umsetzung.

Und ich finde es bemerkenswert, dass wir uns heute auch an anderer Stelle der Tagesordnung mit der Klimatisierung und der Klimaanpassung öffentlicher Gebäude beschäftigen. Das zeigt doch, dass der Handlungsbedarf grundsätzlich erkannt wurde. Aber ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, es reicht nicht, den Handlungsbedarf zu erkennen, weitere Prüfaufträge zu beschließen und anschließend auf die nächste Haushaltsberatung zu verweisen, wir müssen die Maßnahmen auch finanzieren können. Und genau darin liegt der Unterschied unseres Änderungsantrags. Wir zeigen nicht nur auf, was getan werden muss, wir machen einen konkreten Vorschlag, wie wir es mit bereits vorhandenen Haushaltsmitteln finanzieren können. Wir wollen von den jährlichen verfügbaren 1,3 Millionen Euro weiterhin 700.000 Euro für bestehende energetische Fördermaßnahmen und den neuen Fernwärmebaustein einsetzen. Die

verbleibenden 600.000 Euro sollen wir gezielt für den Hitzeschutz und die Klimatisierung unserer städtischen Kindertageseinrichtungen verwenden. Dabei wollen wir technologieoffen vorgehen. Wo Sonnenschutz und passive Maßnahmen ausreichen, sollen diese genutzt werden. Wo dies nicht genügt, müssen wir auch aktive Kühllösungen ermöglichen. Wir beantragen keine zusätzlichen Mittel. Wir wollen innerhalb des bestehenden Haushaltsansatzes andere Prioritäten setzen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Klimaschutz und Klimaanpassung dürfen nicht allein aus Förderprogrammen und Konzepten und Zielsetzungen bestehen.

Deshalb bitten wir um Zustimmung für unseren Änderungsantrag. Und dem Änderungsantrag von SPD, Die Linke, KAL und Volt können wir folgen, insofern erst einmal wirklich nur geprüft wird, welche Eigenleistungen denn fördermöglich sind und wie aufwendig eine Prüfung ist.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Herr Kehrle, ich freue mich. Ich habe eigentlich jetzt vorgehabt, erst einmal ein bisschen zu poltern und darauf hinzuweisen, dass es Klimaschutz ist, über den wir hier sprechen, und nicht Klimaanpassung. Jetzt tut es mir aber ein bisschen leid, weil Sie jetzt gerade eben zugesagt haben, unseren Änderungsantrag zu unterstützen. Deswegen spare ich mir das jetzt, darüber zu poltern, sondern weise einfach nur darauf hin, dass der KlimaBonus ein Förderprogramm aus dem Bereich des Klimaschutzes ist und eben nicht der Klimaanpassung. Für Klimaanpassung diskutieren wir ja häufig, später, glaube ich, unter TOP 13 oder 14 wieder. Aber jetzt reden wir über Klimaschutz, und da ist der KlimaBonus einer der wichtigsten Bausteine, den wir hier als Kommune haben. Deswegen stehen wir als SPD natürlich hinter diesen Bausteinen. Und wir danken für die Evaluierung, wir danken auch für die neuen Richtlinien, die wir auch vollumfänglich unterstützen. Die Kollegin Klingert hat ja schon ganz viel zu den neuen Förderbausteinen gesagt. Auch wir finden es gut, da mit der Zeit zu gehen. Die PV-Förderung, die wirklich mittlerweile auch nicht mehr notwendig ist, dass man sie fördert, zum Beispiel herauszunehmen, das ist etwas, was wir wirklich als absolut sinnvoll erachten, denn wir sollten da unterstützen, wo es notwendig ist und nicht da, wo es wirtschaftlich sowieso schon tragbar ist. Uns ist aufgefallen bei den Diskussionen über die Förderrichtlinienanpassung, dass wir die Eigenleistung nicht fördern. Das unterscheidet uns von vielen anderen Fördergebern. Der Bund insbesondere fördert die Eigenleistung, das Land, die KfW zum Teil auch. Es gibt auch andere Kommunen, die über ein kommunales Förderprogramm Eigenleistungen fördern. Deswegen wollten wir einfach als Denkanstoß in die Debatte einbringen, darüber einmal zu diskutieren. Wir wollen natürlich nicht jetzt hier ein riesiges bürokratisches Schwert aufbauen, wo Sie dann irgendwie fünf neue Stellen brauchen, die den ganzen Tag nur da sitzen und irgendwelche Gutachten prüfen oder wie auch immer.

Wir wollen einfach einmal sagen: Lassen Sie uns noch einmal in Ruhe darüber nachdenken, vielleicht gucken und schauen, wie es andere machen, ob es denn wirklich so unglaublich komplex ist, denn es gibt gute Argumente, Eigenleistung zu fördern. Es wird die oder den anderen vielleicht mit dem etwas kleineren, schmaleren Geldbeutel dann doch ermöglichen, auch mit Eigenleistung durch Zuschuss für Materialkosten die eine oder andere Maßnahme eben selbst umzusetzen. Es sind aber nicht immer nur die Leute, die einen kleinen Geldbeutel haben. Es gibt auch viele Menschen mit guten handwerklichen Fähigkeiten in dieser Stadt, Handwerker, die vielleicht nicht in diesem Fachgewerk arbeiten, dass das jetzt erfordert an dieser Stelle, sondern selbst gute handwerkliche Fähigkeiten haben und eben auch mit Eigenleistung fachmännisch gute Beiträge leisten können. Es ist für uns klar, dass am Ende natürlich ein Fachbetrieb darüber gucken muss. Der muss bestätigen, dass alles fachgemäß ausgeführt wurde, und nur dann gibt es Fördergeld. Das ist für uns völlig klar, aber das gibt es in den anderen

Förderprogrammen auch. Deswegen unsere Bitte ist es einfach nur, wir verabschieden gerne heute alles, was jetzt hier neu vorliegt. Wir wollen einfach nur noch einmal prüfen in aller Ruhe, um dann gegebenenfalls noch Anpassungen vorzunehmen.

Stadtrat Dr. Schmidt (AfD): Hier geht es um zwei Bausteine, die heute zur Debatte stehen. Der zweite Baustein, der nur 100.000 Euro Budget hat, da geht es um Zuschüsse für den Umbau einer alten direkten Fernwärmeübergabestation auf eine indirekte neue Station. Da gibt es dann 2.000 Euro Zuschuss pro Fall. Und aus unserer Sicht gehört es, genauso wie die 4.000 Euro, die die Stadtwerke Zuschuss geben bei neuen Übergabestationen, genau in den Bereich der Stadtwerke, und gehört nicht hier ins Budget der Stadt. Deswegen ist der Teil schon einmal abzulehnen. Der weitaus größere Teil sind aber die 1,3 Millionen Budget für Wärmeschutzgebäudehülle. Und da ist zu erkennen, dass alles, was hier bezuschusst wird, bereits von Bund und Land bezuschusst wird. Es ist sogar so, dass der Zuschuss leichter bewilligt wird, wenn bereits ein Zuschuss vom Land oder vom Bund bewilligt worden ist. Also, die Stadt macht das ganz bewusst als zusätzliche Bezuschussung von etwas, was schon bezuschusst worden ist. Es gibt zehn Programme, die hier schon bezuschussen. Das sind einige BAFA-Programme zu nennen, Einzelmaßnahme Gebäudehülle, Einzelmaßnahme Heizungsoptimierung oder ein KfW-Ergänzungskredit, den es genau für diese Situation dann gibt. Die Bundesförderung für Energieberatung für Wohngebäude gibt es in dem Bereich. Außerdem gibt es einen Steuerbonus für energetische Sanierungen. Es gibt die Bundesförderung für effiziente Wärmenetze, die sich allerdings an die Stadt richtet. Die können die in Anspruch nehmen. Und es gibt noch das Kombi-Darlehen Wohnen von der L-Bank, das auch im Zusammenhang mit der BAFA-Zusage benutzt werden kann, und genauso die Landeswohnraumförderung „Wohnen mit Kind“, Z15-Darlehen.

Es gibt also jede Menge Zuschüsse bereits in diesem Bereich. Und da müssen wir uns wirklich fragen, wenn all das schon bezuschusst wird von Bund und Land, warum müssen wir als Kommune, die an allen Ecken und Enden jetzt zu wenig Geld hat und die viele Leute vor den Kopf stößt, die sich Steuererhöhungen überlegt, warum müssen wir an der Stelle auch noch Geld rausgeben, zusätzlich zu Zuschüssen, die es bereits gibt? All diese Zuschüsse werden nur zusätzlich in Anspruch genommen werden, also 1,3 Millionen Euro für Dinge, die bereits von Bund und Land bezuschusst werden. Wir lehnen das ab.

Stadträtin Berghoff (Die Linke): Also, es ist ein bisschen schwer, danach jetzt zu reden. Ja, erst einmal finde ich es toll, dass wir das gemeinsam auf den Weg gebracht haben. Ich möchte gar nicht viele Worte verlieren. Ich möchte nur kurz sagen, warum wir als Linke gesagt haben, wir möchten das gerne prüfen lassen. Wir hatten insbesondere, aber nicht nur, die Eigentümer*innen mit begrenztem Budget im Kopf, die aus Kostengründen vielleicht einen Teil der Arbeiten gern selbst erbringen möchten, und die werden demgegenüber vollständig an fremdvergebenen Maßnahmen benachteiligt. Und da weicht die kommunale Richtlinie in dem Punkt von der Praxis der Bundesförderung ab. Ja, das stimmt, das ist bei mehreren Kommunen Praxis. Das steht aber im Spannungsverhältnis zum in der Richtlinie formulierten Förderzweck, möglichst viele Investitionen in Energieeinsparungen und CO_2-Reduzierung anzustoßen. Und bei einem Drittel weniger Haushaltsmitteln wird die Hebelwirkung der Förderung auch reduziert, wenn kosteneffiziente Sanierungsmöglichkeiten blockiert werden. Insgesamt könnten mit der Förderung von Eigenleistungen auch mehr Maßnahmen umgesetzt werden. So wird die Sanierungsquote erhöht und die Erreichung der im Klimaschutzkonzept formulierten Ziele unterstützt, und das sollten wir schon auch berücksichtigen. Und noch ein Punkt, das ist übrigens richtig, so ein

Programm zusätzlich zu anderen Förderungen anzubieten, weil wir so energetische Sanierung voranbringen und helfen, die Klimaziele zu erreichen.

Stadtrat Haug (KAL): Wir von der Karlsruher Liste stimmen der Neuausrichtung des Förderprogramms KlimaBonus Karlsruhe zu. Grundsätzlich soll durch die Förderprogramme ein Anschub erfolgen, damit die Eigentümer*innen die Klimaschutzmaßnahmen angehen beziehungsweise eine Finanzierung darstellen können und somit einen Beitrag dazu leisten, dass Karlsruhe seine Klimaziele erreichen kann. In Anbetracht der derzeitigen Finanzierung besteht aber ein Handlungsbedarf. Wir finden es richtig, dass Mitnahmeeffekte möglichst vermieden werden sollen und die inhaltliche Ausrüstung entsprechend angepasst werden soll, damit das Geld dort ankommt, wo es gebraucht wird. Die deshalb vorgeschlagene inhaltliche Anpassung der Förderentgelte mit einer Beibehaltung der Maßnahmen zum Klimaschutz bei gleichzeitigem Verzicht auf eine Förderung der Photovoltaik ist plausibel. Wir gehen da gerne mit. Zum Änderungsantrag der CDU verweise ich auf die Ausführung vom Kollegen Huber, da soll Klimaschutz zur Klimaanpassung werden. Gleichwohl halten wir das sehr dringlich, auch diese Maßnahmen anzubinden.

Der Vorsitzende: Damit wären wir durch und kommen in die Abarbeitung. Ich rufe zunächst auf den Änderungsantrag der CDU, weil er am weitestgehenden ist, und bitte Sie um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Der Ergänzungsantrag der SPD, Linke, Karlsruher Liste und Volt ist ein bisschen schwierig zu sagen, wir wollen das Programm ab 2027 starten, aber es soll jetzt ganz viel überprüft werden. Und wenn wir es überprüft haben, wollen wir es ja auch geändert haben. Ich würde Ihnen die Überprüfung für 2028 zusagen, aber für 2027 würde ich es jetzt zur Abstimmung stellen, weil es nämlich dann noch einmal die entsprechende Vorbereitung des Programmes möglicherweise hinauszögert. Wir können es einfach abstimmen.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich befürchte, wenn wir es abstimmen, gibt es eine Mehrheit. Nein, wenn ich es richtig verstanden habe, das heißt, wir starten 2027 mit den Förderrichtlinien ohne die Eigenleistung.

Der Vorsitzende: Ja, und wir prüfen das noch einmal mit Ihnen vorab. Wir müssen uns wegen des Geldes sowieso für 2028 noch einmal neu unterhalten. Also, ich glaube, da kommen wir eh nicht drum herum.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Wenn wir die Eigenleistung einführen, gibt es kein Geld mehr.

Der Vorsitzende: Das habe ich nicht gesagt, das entscheiden Sie.

Stadtrat Dr. Huber (SPD): Ich gucke jetzt einmal zu meinen Co-Antragstellenden. Wir müssten vielleicht ganz kurz die Sitzung für zwei Minuten unterbrechen, wenn es in Ordnung wäre.

Der Vorsitzende: Ja, okay, also Unterbrechung für zwei Minuten.

(Unterbrechung der Gemeinderatssitzung von 16:40 Uhr bis 16:42 Uhr)

Der Vorsitzende: Stadtrat Huber, wir nehmen die Sitzung wieder auf.

Stadtrat Huber (SPD): Das ist sehr freundlich von Ihnen, herzlichen Dank für die kurze Pause an die Kolleginnen und Kollegen. Also, wir verstehen, dass wir das bis 2027 nicht hinbekommen. Deswegen würden wir auch das jetzt so unterstützen, wie es jetzt vorgeschlagen ist. Wir würden dann mal in 2027 starten, würden hoffen, dass wir möglichst Anfang 2027 diese Prüfung machen. Und sollte dann wider Erwarten im Laufe des Jahres noch Geld da sein und man könnte die Richtlinien überarbeiten, dann macht man das halt schon 2027, ansonsten zu 2028 hin.

Der Vorsitzende: Alles klar, vielen Dank, dann kann die unveränderte Beschlussvorlage jetzt zur Abstimmung gestellt werden, und zwar ab jetzt. – Das ist mehrheitliche Zustimmung, vielen Dank.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
26. Oktober 2026